

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 0886 846 ppbn d

## Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,  
Vorsitzender der SPD-Bun-  
destagsfraktion, stellt  
fest, daß die Sozialdemo-  
kraten ihren Auftrag an-  
nehmen: Neue Ideen zur  
Bewältigung der Krisen.  
Seite 1

Vera Rüdiger Mdi stellt  
hessische Bundesrats-Ini-  
tiativen vor: Geschlechts-  
spezifische Diskriminie-  
rungen, arbeitslose Ju-  
gendliche, Pfändungs-  
schutz. Seite 4

Dieter Rogalla MdEP lädt  
Thorn, Kohl, Rau und ande-  
re ein: Die Grenzschilder  
demonstrieren! Seite 5

Wolfgang Clement weist  
nach, wie der CDU-Vorstand  
die Hohlheit kohlscher  
"Garantien" offenbart:  
Mangel an wirtschaftlicher  
Kompetenz. Seite 6

### Dokumentation

Beschluß der niedersächsi-  
schen SPD-Landtagsfraktion  
zur Albrecht-Entscheidung,  
Dragahn als Standort einer  
Wiederaufbereitungsanlage  
vorzusehen: Blanker Wort-  
bruch. Seite 7

36. Jahrgang / 79

26. April 1983

Wir nehmen unseren Auftrag an

-----  
Neue Ideen zur Bewältigung der Krisen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Mit den Wahlen vom 6. März ist in Bonn der Machtwechsel vom Wähler nachträglich sanktioniert worden. Damit ist zugleich eine Epoche der Bundesrepublik, die maßgeblich durch die Sozialdemokratie gestaltet und geprägt worden ist, zu Ende gegangen. Dies gilt es, ganz nüchtern zu Kenntnis zu nehmen.

Die Wähler haben die politischen Rollen neu verteilt. Sie haben die Unionsparteien mit einem großen Vertrauensvorschuß ausgestattet und zum Regieren berufen. Sie weisen uns Sozialdemokraten die Rolle der Opposition zu. Die FDP mußte - nicht zum ersten Mal - auf Leihstimmen ihres Koalitionspartners zurückgreifen, um parlamentarisch zu überleben. Sie ist dadurch als eigenständige politische Kraft geschwächt.

Die Machtkonzentration auf Seiten der CDU/CSU ist heute umfassender und stärker als je zuvor seit Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949. Zusammen mit der FDP verfügen die Unionsparteien über eine solide Mehrheit im 10. Deutschen Bundestag. Zugleich können sie sich auf eine deutliche Mehrheit im Bundesrat stützen. Anders als die Regierung Schmidt werden sie also von der Länderkammer nicht ständig behindert oder gar blockiert werden. Die meisten Verfassungsorgane sind fest in der Hand der Union oder unterliegen durch die personelle Besetzung ihrem Einfluß. In Ländern, Städten und Gemeinden hat es in den vergangenen Jahren nicht unwesentliche Verschiebungen zugunsten der CDU/CSU gegeben. Unabhängig von der objektiven Rechtfertigung dafür können sich die beiden konservativen Schwesterparteien auf eine sehr weitreichende Unterstützung maßgeblicher Wirtschaftskreise berufen.

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 8 12-1

Verleger: Ernst  
von Sölvén  
Karlshagen



Die veröffentlichte Meinung behandelt sie ausgesprochen wohlwollend und sieht ihnen (noch) vieles nach, was sie bei den Sozialdemokraten zu scharfer Kritik veranlaßt hätte. Ich denke dabei zum Beispiel an die zahlreichen Widersprüche, derer sich die CDU/CSU sowohl vor als auch nach der Wahl bereits schuldig gemacht hat (Stichwort: Zwangsanleihe). Ich denke an die fast fortwährenden internen Spannungen und Streitereien im Regierungslager seit Oktober, die im merkwürdigen Kontrast zu dem von Bundeskanzler Kohl verkündeten kraftvollen Neubeginn der neuen Mehrheit stehen. Ich denke dabei insbesondere an die kurz vor Ostern von CDU/CSU und FDP vorgelegten Koalitionsvereinbarungen, deren substantielle Dürftigkeit überraschte.

Die Unionsparteien haben sich in der Opposition stets nur als verhinderte Regierungsparteien empfunden. Sie haben die Rolle der Opposition in den vergangenen dreizehn Jahren als in ihrem Selbstverständnis politisch minderwertig innerlich wirklich nie akzeptiert. Dieses grundlegende Mißverständnis unseres demokratischen Systems hat in der Sonthofener Rede von Franz Josef Strauß seinen Höhepunkt gefunden, also in dem für die damalige Opposition proklamierten Weg des dauernden Konflikts, der bewußt angestrebten Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte und des darauf Hinarbeitens, die Dinge in eine Katastrophe treiben zu wollen, weil sich dadurch die Chance des Wechsels erhöhen könnte.

Wir Sozialdemokraten werden diesen Weg nicht beschreiten. Wir würden weder unseren eigenen Ansprüchen genügen, noch unserer Verantwortung als Opposition gerecht werden, betrachteten wir die Wählerentscheidung vom 6. März - ähnlich wie die Union 1969 - lediglich als einen nur durch andere verursachten "Betriebsunfall", als einen "Ausrutscher", der in kurzer Zeit durch bloße Taktiererei wieder auszumergen sei.

Wir haben uns vielmehr für unbestimmte Zeit auf die Rolle der Opposition einzustellen. Wir haben in dieser Zeit die Regierung zu kritisieren und zu kontrollieren. Wir haben ihre Fehler aufzudecken. Wir werden ihr dort, wo wir ihre Politik im konkreten Fall für falsch oder gar unverantwortlich halten, unser klares Nein entgegenzusetzen, uns aber nicht auf eine alles negierende Nein-Sager-Position zurückziehen, sondern unser politisches Wollen durch Alternativen positiv formulieren.

Die Regierung wird immer dann mit unserer Unterstützung rechnen können, wenn sie etwas Vernünftiges vorschlägt und uns die Zustimmung aus sozialdemokratischer Sicht geboten erscheint. So werden wir auch nicht die von der CDU/CSU bis zum Regierungswechsel im Oktober gezielt betriebene Verunsicherungskampagne der Rentner übernehmen. Wir wollen keine Politik, die die Sorgen und Ängste von Millionen Menschen zum Spielball parteitaktischer Interessen und Ziele mißbraucht. Deshalb haben wir unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Lösung der Rentenprobleme signalisiert.



Unsere Bereitschaft, auch aus der Opposition heraus konstruktiv mitzuwirken, heißt allerdings nicht, daß wir uns als eine Art Ersatzregierung verstehen, die der gewählten Regierung jeweils dann unter die Arme greift, wenn diese selbst nicht mehr weiter weiß. Wir werden uns nicht dazu hergeben, der Koalition aus CDU/CSU und FDP die Arbeit und die Verantwortung für ihr Handeln abzunehmen oder ihr Versagen zu vertuschen.

Die Bundesrepublik Deutschland steht in den nächsten Jahren vor der Lösung einer Reihe schwerwiegender Probleme. Wir stehen inmitten eines tiefgreifenden Strukturwandels der Wirtschaft. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir im kommenden Winter drei Millionen Arbeitslose und mehr haben werden. Das heißt: Arbeit wird knapper. Wir brauchen ein Konzept zur Umverteilung von Arbeit, und wir brauchen neue Ideen in der Wirtschaftspolitik, wenn die derzeitige Krise bewältigt werden soll. Mit dem herkömmlichen Wirtschaftsinstrumentarium ist es nicht mehr getan.

Angesichts der von dem nuklearen Rüstungswettkampf für die gesamte Menschheit ausgehenden Gefahren muß die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik darauf hinwirken, daß die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik überflüssig wird. Wir Sozialdemokraten halten an dem von Helmut Schmidt konzipierten Weg fest, durch Einflußnahme auf die beiden Supermächte Amerika und Sowjetunion auf ein vernünftiges, auch im deutschen Interesse liegendes Verhandlungsergebnis in Genf hinzuwirken. Wir brauchen auch jetzt eine Bundesregierung, die mit gleicher Vehemenz für ernsthafte Verhandlungen streitet und nicht nur auf Nachrüstung setzt. Das wird unser Drängen und unsere ständige Mahnung an die Regierenden sein.

Zu lange ist man in unserem Land sehr sorglos mit Teilen der Natur umgegangen. Das Waldsterben ist nur das inzwischen für jedermann sichtbar gewordene Symptom einer viel tiefgreifenderen Zerstörung der Natur, mit der der Mensch selbst seinen Lebensraum gefährdet. Deshalb brauchen wir in der Umweltschutzpolitik schnelle und durchgreifende Maßnahmen, wenn eine bereits fortgeschrittene verhängnisvolle Entwicklung noch rechtzeitig zum Stehen gebracht werden soll.

In diesen drei Bereichen besteht besonders dringender Handlungsbedarf. Die Erfahrungen der letzten sieben Monate zeigen, daß die Regierung auf die großen Herausforderungen unserer Zeit mit Antworten der 50er Jahre reagiert. Auch die Koalitionsvereinbarungen lassen keine den Anforderungen der Zukunft gerecht werdenden Perspektiven erkennen. Es rächt sich heute für die CDU/CSU, daß sie die Zeit der Opposition mehr zur Obstruktion mißbraucht als zur Entwicklung neuer Ideen und Konzepte genutzt hat.

Wir Sozialdemokraten haben die kurze Zeit der Opposition bereits sinnvoll genutzt. In unserem Wahlprogramm von Dortmund ist es uns gelungen, Kontinuität mit zukunftsweisenden Perspektiven zu verbinden. In diesem Sinne werden wir weiterarbeiten.

(-/26.4.1983/ks/ca)

+ + +



Hessische Initiativen im Bundesrat

Geschlechtsspezifische Diskriminierungen, arbeitslose Jugendliche, Pfändungsschutz

Von Dr. Vera Rüdiger MdL

Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten

Die Hessische Landesregierung bringt drei Gesetzesinitiativen auf die Tagesordnung der nächsten Bundesratssitzung.

Die wichtigste ist der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz. Dabei geht es um folgendes:

Geschlechtsspezifische Diskriminierungen am Arbeitsplatz sind nach Paragraph 611 a Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) unzulässig. Diese Vorschrift, die durch das Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz, das sogenannte arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz vom 15. August 1980, in das Bürgerliche Gesetzbuch eingefügt wurde, enthält neben diesem materiell-rechtlichen Diskriminierungsverbot auch eine Regelung über die Beweislastverteilung im Streitfall. Hiernach hat zunächst der Arbeitnehmer Tatsachen vorzutragen und glaubhaft zu machen, die eine Benachteiligung wegen des Geschlechts vermuten lassen. Erst wenn ihm dies gelungen ist, trifft den Arbeitgeber der Beweis für die Beachtung des Diskriminierungsverbots.

Diese Beweislastregelung hat sich, wie die äußerst geringe Zahl von Klagen nach Paragraph 611 a BGB zeigt, als unzulänglich erwiesen. Sie stellt den klagenden Arbeitnehmer vor erhebliche Schwierigkeiten, denn sie setzt, von besonders eindeutig gelagerten Ausnahmefällen abgesehen, Kenntnisse über Betriebsstruktur und Personalpolitik voraus, über die der Arbeitnehmer, insbesondere wenn es sich um einen betriebsfremden Bewerber handelt, regelmäßig nicht verfügt.

Die hessische Gesetzesinitiative sieht deshalb in den Fällen des Paragraph 611 a BGB Beweislast für den Arbeitgeber auch ohne einen solchen Anfangsbeweis des Arbeitnehmers vor. Darüber hinaus soll die bisher geltende Schadensersatzregelung verbessert werden. Sie zielt bislang nur auf Ersatz des Vertrauensschadens, das heißt bei einem abgewiesenen Bewerber: Ersatz der Fahrtkosten beziehungsweise des Briefportos. Diese Beträge sind zu gering, als daß sie zur Klage oder zur Vermeidung klagebegründenden Verhaltens motivieren könnten.

Schließlich sieht der Gesetzesantrag des Landes Hessen vor, daß Stellenausschreibungen künftig geschlechtsneutral gehalten werden müssen. Bei der bisherigen Regelung in Paragraph 611 b BGB handelte es sich lediglich um eine Sollvorschrift, die, wie ein Blick in die Stellenanzeigen lehrt, nur höchst lückenhaft beachtet wird.

Bei dem hessischen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung von Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche aus Bundesmitteln geht es um eine Erweiterung des berechtigten Personenkreises, da die bisher zur Verfügung stehenden Bundesmittel als Folge zu enger Gesetzesfassung nur zu rund einem Viertel ausgeschöpft werden konnten. Bisher sind förderungsfähig Jugendliche unter 22 Jahren, die mindestens vier Monate lang eine beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben und mindestens drei Monate als arbeitslos gemeldet waren. Die Änderung des Gesetzes soll diese einschränkenden Bedingungen in einen Vorrang des so bestimmten Personenkreises umwandeln. Damit wird allen arbeitslosen Jugendlichen unter 22 Jahren eine Förderungsmöglichkeit eingeräumt.

Bei dem hessischen Gesetzentwurf zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes schließlich geht es darum, den Pfändungsschutz des Gefangenen im Maßregelvollzug dem im Strafvollzug gleichzustellen. Die dort gegebene Unpfändbarkeit des sogenannten Überbrückungsgeldes und der Entlassungsbeihilfe, wichtig für die Wiedereingliederung des Gefangenen nach seiner Entlassung, soll auch im Maßregelvollzug eingeführt werden.

Die hessische Gesetzesinitiative war schon in der 9. Legislaturperiode eingebracht worden und ist Opfer der Diskontinuität.

(-/26.4.1983/ks/ca)

+ + +



**Die Grenzschilder demontieren!**  
-----

Thorn, Kohl, Rau und andere Minister dazu eingeladen

Von Dr. Dieter Rogalla

Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Grenzen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sind ein Überbleibsel aus dem letzten Jahrhundert und dazu eine Quelle des Ärgernisses für viele Mitbürger. Sie sind ein sichtbares Symbol, daß zwischen dem Anspruch eines geeinten Europas und der alltäglichen Praxis eine große Lücke klafft.

Symbol dieser Trennungslinien zwischen den Völkern sind die "Zoll-Douane"-Schilder an den Schlagbäumen, und das obwohl es seit Jahren innerhalb der EG keine Zölle mehr gibt.

Deshalb habe ich nun Bundeskanzler Kohl, Ministerpräsident Rau, EG-Präsident Thorn, Innenminister Zimmermann und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff aufgefordert, an einer symbolischen Abnahme dieser Grenzschilder teilzunehmen, um damit europäische Zeichen zu setzen.

Der Text meines Briefes lautet:

"In der Zeit nach dem Kriege haben Jugendliche und junge Erwachsene - Herr Kohl war unter ihnen - die Schlagbäume an den Grenzen Europas niedrigerissen, um auf ein "grenzenloses Europa" aufmerksam zu machen.

Diese symbolischen Taten bildeten den Anstoß zu wichtigen Initiativen gegen ein Auseinanderleben der Staaten nach dem Kriege.

Doch auch heute noch gibt es an den Grenzen innerhalb der EG Schlagbäume und Zollschilder, Überbleibsel aus vergangenen Jahrhunderten.

Im Rahmen meiner zweiten Fahrradtour durch verschiedene Mitgliedsstaaten der EC in der Zeit vom 23. Juni bis 4. Juli möchte ich sie einladen, am 24. Juni 1983 zwischen elf und zwölf Uhr am deutsch-niederländischen Grenzübergang "Glaner Brücke" (Gronau/Enschede) an einer Abnahme des Zoll/Douane-Schildes teilzunehmen.

Diese Zollschilder widersprechen eindeutig dem bestehenden EG-Recht: Seit Jahren gibt es innerhalb der EG keine Zölle mehr. Deshalb ist diese Symbolhandlung überfällig.

Mit der Aktion, zu der auch meine Kollegen im Straßburger Parlament, europäische Organisationen, betroffene Dienststellen sowie Presse und Öffentlichkeit eingeladen werden, möchte ich das Schlußkapitel zum Abbau der Zoll- und Personenkontrollen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft einleiten.

Ich gehe davon aus, daß Sie bei diesem Ereignis persönlich mitwirken wollen und verbleibe mit freundlichen Grüßen."

(-/26.4.1983/ks/ca)

+ + +



## Mangel an wirtschaftlicher Kompetenz

Der CDU-Vorstand offenbart die Hohlheit kohlscher "Garantien"

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Eine SPD-geführte Bundesregierung, deren Kanzler vor der Wahl eine Garantie für eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen abgegeben hätte, die sich schon wenige Wochen später als haltlos erwiesen hat, hätte sich aus dem Munde des CDU-Generalsekretärs längst den Vorwurf des "Lehrstellen-Betrugs" gefallen lassen müssen. Doch heute sind die Seiten verkehrt; Heiner Geißler tritt vor dem leeren Wahlkampf-Versprechen seines Kanzlers die Flucht nach vorn an und stellt den CDU-Parteitag demnächst in Köln "ganz ins Zeichen des Themas Jugendarbeitslosigkeit". Das spricht für seine Chuzpe, aber nicht für eine ausgeprägte Liebe zur Wahrhaftigkeit.

Im Grunde ist diese Themenplanung für den Kölner Parteitag der Union ein Offenbarungseid. "Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird nur bewältigt werden können, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen zu einer gemeinsamen Anstrengung bereit sind", heißt es in der Beschlußvorlage des CDU-Vorstandes zum Kongreß. Das, was dort zu Papier gebracht worden ist, ist eine Binsenweisheit - die allerdings schlankweg bestätigt, daß Helmut Kohl tatsächlich nichts in der Hand hatte, als er seine "Lehrstellen-Garantie" in einer bundesweiten Presse-Kampagne unter die Leute brachte. Er hat die Jugendlichen und ihre Eltern wie ein billiger Reklamemacher an der Nase herumgeführt.

Inzwischen liegt es ja auch schwarz auf weiß vor: Die Schere zwischen denen, die einen Ausbildungsplatz suchen, und denen, die einen solchen auch bekommen, hat sich in den letzten sechs Monaten noch weiter geöffnet. Entsprechend wachsweiß fällt inzwischen auch jene Zusage des Kanzlers aus: Erstens, so heißt es heute, gelte seine "Garantie" nur über ein Jahr. Und zweitens setze sie die Bereitschaft der Jugendlichen zu Mobilität voraus, was im Ernstfall heißen wird, daß man zwar die Statistiker noch zu befriedigen hofft, aber die Lebenswirklichkeit verdrängt, denn mit einem Ausbildungsplatzangebot in Konstanz ist einem Jugendlichen aus dem Ruhrgebiet oder Schleswig-Holstein schwerlich zu helfen.

Übrig bleibt die Aufschwung-Philosophie der Union oder - um es mit den Worten des CDU-Bundesvorstandes zu sagen - die Überzeugung, "daß eine konsequente Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs unerlässlich ist, um die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen". Im Konrad-Adenauer-Haus ist man, danach zu urteilen, noch immer von den eigenen Wahlkampf-Slogans gefangen. Denn in der Zwischenzeit gibt es keinen erstzunehmenden Sachverständigen mehr, der nicht bestätigte, daß auch eine wirtschaftliche Erholung nichts Entscheidendes an der bedrückenden Arbeitsmarktlage ändern würde.

Doch langsam aber sicher scheint diese Einsicht auch der CDU zu dämmern. Es müßten, so heißt es nämlich in dem CDU-Papier weiter, "außer der Politik für den wirtschaftlichen Aufschwung zusätzliche Maßnahmen ergriffen" werden, beispielsweise Arbeitszeitverkürzungen, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten vor allem für junge Menschen schaffen zu können. Und in diesen dürren Worten steckt der eigentliche Skandal.

Sie sind das unausgesprochene Eingeständnis, daß die CDU, die jahrelang die bloße Erwägung solcher "zusätzlicher Maßnahmen" verteuflerte, die Aufgabe versäumt hat, sich rechtzeitig auf eine wirksame Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzustellen. Auch wenn Einsichten, so sie denn auch in der Bundesregierungen fruchten sollten, was derzeit nicht zu erkennen ist, nie zu spät kommen: Deutlicher, als in dem Papier des CDU-Vorstandes geschehen, kann man seinen Mangel an wirtschaftlicher Kompetenz (und die Hohlheit bisher abgegebener "Garantien") schwerlich dokumentieren.

(-/26.4.1983/ks/ca)

+ + +

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

DOKUMENTATION

Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag hat folgenden Beschluß zur Entscheidung der Regierung Albrecht gefaßt, Dragahn als Standort einer Wiederaufbereitungsanlage vorzusehen:

Blanker Wortbruch

1. Die SPD-Fraktion bestätigt ihren Beschluß vom 9.11.1982, daß zur Lösung der Entsorgungsfrage auch die Wiederaufbereitungstechnologie weiterentwickelt werden muß. Die Errichtung einer Demonstrationsanlage für Wiederaufbereitung abgebrannter Brennstäbe mit einer wesentlich niedrigeren Kapazität als ehemals in Gorleben geplant (1.400 t), erscheint dabei sinnvoll. Eine Kapazität von 350 t kann daher durchaus in Betracht gezogen werden. Mit dieser Anlage sollen insbesondere die volkswirtschaftliche Vertretbarkeit und der Beitrag von Wiederaufarbeitungsanlagen zur Sicherstellung der Entsorgung ermittelt werden. Diese Demonstrationsanlage kann erst nach erfolgreichem Lauf als Entsorgungsnachweis für laufende oder neue Kernkraftwerke gelten. Neben der Wiederaufbereitungstechnologie muß gleichzeitig die Technologie zur Endlagerung von abgebrannten Kernbrennstäben ohne Wiederaufbereitung weiter verfolgt werden.
2. Die Fraktion läßt sich davon leiten, daß die Notwendigkeit des Einsatzes der Kernenergie für eine sichere Energieversorgung nicht ausgeschlossen werden kann. Ob die Kernenergie schließlich nach Vorliegen aller notwendigen Voraussetzungen endgültig für die Sicherung der Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden oder ob auf sie in Zukunft verzichtet werden kann, muß nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion gemäß den Beschlüssen der SPD-Parteitage und in voller Übereinstimmung mit dem Bericht der Enquête-Kommission zukünftigen Entscheidungen überlassen bleiben.
3. Die Landesregierung hat unter Ministerpräsident Albrecht eine inkonsequente, opportunistische und unglaubwürdige Energiepolitik betrieben, die sich in der Entscheidung für den Standort Dragahn fortsetzt. Die Verwirklichung der ursprünglich für Gorleben vorgesehenen integrierten Entsorgungsanlage hat die Landesregierung 1979 nicht aus Sicherheitsgründen, sondern aus Gründen der schwierigen "politischen Durchsetzbarkeit" abgelehnt. In mehreren Erklärungen hat sich die Landesregierung darauf festgelegt, daß weder in "Gorleben" noch in Kreis "Lüchow-Dannenberg" eine Wiederaufarbeitungsanlage "in dieser Generation" errichtet werde. Die Entscheidung, jetzt doch in diesem Landkreis eine entsprechende Anlage zu errichten, ist blanker Wortbruch.
4. Die Landesregierung hat es veräumt, in der Landesraumordnung rechtzeitig für Wiederaufbereitungsanlagen geeignete Standorte auszuwählen und zu sichern. Sie hätte gemäß den vom Bundesminister des Inneren erarbeiteten Kriterien zur Standortauswahl für Wiederaufarbeitungsanlagen Standorte voruntersuchen und im 1982 verabschiedeten Landesraumordnungsprogramm raumordnerisch ausweisen müssen.

Stattdessen bestimmt sie den Standort Dragahn ohne erkennbare Abwägung mit anderen möglichen Standorten unter den Gesichtspunkten der Ökologie, des Landschaftschutzes und der Landschaftspflege in einem völlig unangemessenen Zeitdruck, um den Vorsprung eines anderen Bundeslandes bei der rechtlichen Sicherung des Ansiedlungsstandortes einzuholen.



Ein solches Vorgehen ist bei der Entscheidung über eines der bedeutendsten technischen, sicherheitstechnischen und energiepolitischen Projekte für die Bundesrepublik Deutschland unseriös und dilettantisch.

5. Die SPD-Landtagsfraktion lehnt den von der Landesregierung vorgeschlagenen Standort Dragahn für die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage ab. Der Standort liegt in einem der wertvollsten Waldgebiete auf einer in dieser Art seltenen Endmoränenformation. Die Landschaft ist nach dem Raumordnungsprogramm als Gebiet mit besonderer Bedeutung für die Erhaltung von Natur und Landschaft ausgewiesen und unter Landschaftsschutz gestellt. Es ist unzulässig, die technologische und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes auf Kosten seiner wenigen intakten Landschaften zu betreiben, wenn dies nicht unumgänglich ist. Abgesehen von dem Versuch des Ministerpräsidenten, seine persönliche Glaubwürdigkeit zu retten und von dem Umstand, daß die Landesregierung wegen der Eigentumsverhältnisse ein schnelles Vorgehen in Dragahn für möglich hält, ist kein vernünftiger Grund gerade für diesen Standort ersichtlich.
6. Die unentschlossene, hektische und unvertretbare Politik der Landesregierung in der Entsorgungsfrage ist Teil einer insgesamt inkonsequenten Energiepolitik des Ministerpräsidenten. Die von der Landesregierung für notwendig gehaltene Anzahl von zusätzlichen Kernkraftwerken variierte in der Vergangenheit von eins über mindestens sechzehn, wenn die Ankündigung des Ministerpräsidenten ernst genommen worden wäre, die "Raumheizung in Niedersachsen soll auf Kernenergie umgestellt werden". Seine Erklärung über die Raumheizung mit der Abwärme von Kernkraftwerken war ebenso unüberlegt und dilettantisch wie sein Unvermögen, die notwendigen technischen, ökonomischen und betriebswirtschaftlichen Folgen bei der Umstellung der Raumheizung auf Kernenergie darzustellen. Das Energieprogramm der Landesregierung hat darum die Vorstellungen des Ministerpräsidenten auch nicht aufnehmen können.  
  
Desgleichen ist auch im Energieprogramm weder die Standortfrage für die Wiederaufarbeitungsanlage nach gründlicher Abwägung entschieden, noch sind die Standortkriterien für eine solche Anlage auch nur andeutungsweise niedergelegt.
7. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, in einem sorgfältigen Vorentscheidungsverfahren anhand von bekanntgemachten Kriterien auch unter Beachtung der Gesichtspunkte des Landschaftsschutzes, der Landschaftspflege und des Landes-Raumordnungsprogrammes einen neuen Standort auszuwählen.

(-/26.4.1983/bgy/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

